

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Selz, Kapstadt
20.01.2021

Wasserwerfer gegen Arme - Südafrika in Coronakrise:

Sozialhilfen laufen aus, Debatte über Grundeinkommen stockt

Während der »ersten Welle« funktionierte die Versorgung der Ärmsten in Südafrika noch leidlich (Pretoria, 20.5.2020)

Südafrikas Wirtschaft liegt infolge der Shutdownmaßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus noch immer am Boden. Eine neuerliche Ausgangssperre ab 21 Uhr, ein Verkaufsverbot für alkoholische Getränke sowie die Sperrung der Küstengebiete haben vor allem die Gastronomie und die Tourismusbranche erneut hart getroffen. Staatliche Ausgleichszahlungen gibt es für die betroffenen Beschäftigten jedoch keine, selbst die Nothilfen für Erwerbslose laufen in diesem Monat ersatzlos aus. »Wir haben das Geld nicht, das ist die einfache Wahrheit«, erklärte Präsident Cyril Ramaphosa am vergangenen Wochenende in einem seiner raren Interviews, das er Journalisten der Nachrichtenplattform Eyewitness News und des Radiosenders 702 gab.

Wie sehr die Ärmsten unter der Krise zu leiden haben, zeigt eine Szene aus dem Kapstädter Vorort Bellville, ebenfalls vom vergangenen Freitag. Als Sozialministerin Lindiwe Zulu dort dem lokalen Büro der ihrer Behörde unterstellten Agentur für Sozialeleistungen einen Besuch abstattete, stieß sie auf lange Schlangen. Hunderte Menschen waren gekommen, die meisten von ihnen, um ihre Arbeitsunfähigkeitsrenten neu zu beantragen. Auf dem Höhepunkt der zweiten Covid-19-Welle in Südafrika hatte die Agentur zum Jahresende kurzfristig entschieden, die stets nur temporär bewilligten Leistungen nicht wie im ersten Shutdown automatisch zu verlängern, sondern sämtliche Bezieher zu einer neuerlichen, persönlichen Antragsstellung zu verpflichten.

Als Polizeikräfte den Menschen dann mitteilten, dass an diesem Tag insgesamt lediglich 110 Anträge angenommen würden, nahm das Gedränge noch zu. Zulu stieg daraufhin in einen Casspir, jenen monströsen gepanzerten Truppentransporter, mit denen einst das Apartheidregime in den Townships auf Menschenjagd ging und die heute in Diensten der Polizei stehen, um per Lautsprecher zur Einhaltung von Abstandsregeln aufzufordern. »Wir haben Hunger«, schrien die Menschen zurück. Schließlich setzte die Polizei Wasserwerfer gegen die Wartenden ein, lokale Medien berichten von alten Menschen, die kaum fliehen konnten, und einem Mann im Rollstuhl, der auf die Straße kippte.

Die erschütternden Bilder demaskieren die vom African National Congress (ANC), der einstigen Befreiungsbewegung gegen das Apartheidregime, geführte Regierung ein weiteres Mal. Seit dem ersten harten Shutdown von Ende März bis Mai vergangenen Jahres ist bekannt, dass etwa ein Drittel der insgesamt 60 Millionen Südafrikaner Hunger leiden, darunter etwa zehn Millionen Kinder. Sozialministerin Zulu hatte deshalb bereits vor einem halben Jahr die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens gefordert, das die ab April ohnehin verspätet eingeführten und nur äußerst schleppend umgesetzten Nothilfen nach deren Auslaufen ablösen sollte. Durchsetzen konnte sie sich nicht.

Inzwischen sind die minimalen Erhöhungen des Kindergelds, das Kurzarbeitergeld sowie die temporäre Erhöhung von Altersrenten längst ausgelaufen, die Leistungen für Erwerbslose – 350 Rand (19 Euro) monatlich – werden im Januar letztmalig ausgezahlt. Doch das Grundeinkommen ist noch immer in weiter Ferne. In einem einzigen Satz wurde es in der Programmrede des ANC, die Partei- und Staatschef Ramaphosa alljährlich zum Gründungstag der Partei am 8. Januar verliest, überhaupt erwähnt: »In diesem Jahr werden der ANC, die Regierung und die Gesellschaft insgesamt die Diskussionen über die Erwünschtheit und Umsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens zur Bereitstellung eines sozialen Sicherheitsnetzes für die Armen fortführen müssen«, heißt es in dem Papier schlicht.

Es bedarf keiner Glaskugel, um vorherzusehen, mit welchen Argumenten der wirtschaftsnahe, neoliberale Flügel um Ramaphosa, der im ANC mehr und mehr die Oberhand gewinnt, das Projekt auf den Sanktnimmerleinstag verschieben wird. Bereits die Absetzung der Sozialleistungen begründete der Präsident mit den Kosten für Impfstoffe und das Gesundheitswesen. Die Staatskasse ist infolge ausufernder Korruption, zuletzt bei der Vergabe von Aufträgen zur Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung, sowie den Steuerausfällen infolge der Shutdownmaßnahmen leer. Finanzminister Tito Mboweni,

nebenbei beratend für Weltbank und Internationalen Währungsfonds tätig, hat sich zum Grundeinkommen bisher nicht einmal geäußert.